

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



VORLAGE

Nr. 3-1187/07-II

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Kreistag
Jugendhilfeausschuss

18.02.2008
23.01.2008

Einreicher: Landrat

Betr.: Strategie zur Weiterentwicklung des Kinderschutzes im Landkreis Teltow-Fläming

Beschlussvorschlag:

Der Ausbau eines Netzwerkes Kinderschutz im Landkreis Teltow-Fläming mit den dargestellten Aufgaben und Verpflichtungen wird bestätigt.

Luckenwalde, den 06.02.2008

Giesecke

Sachverhalt:

Knapp 200 Teilnehmer unterschiedlichster Professionen sind der Einladung zur 1. Kinderschutzkonferenz im Landkreis Teltow-Fläming im September 2007 gefolgt.

Neben den Gästen aus Politik und Verwaltung haben sich eine Vielzahl Teilnehmer dafür ausgesprochen, auch zukünftig aktiv an der Weiterentwicklung des Kinderschutzes im Landkreis Teltow-Fläming mitzuwirken.

Einigkeit bestand insbesondere darin, hierzu ein Netzwerk aufzubauen, in dem Fachkräfte unterschiedlichster Professionen systematisch zum Thema Kinderschutz mit einbezogen werden. Sei es um Erfahrungen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen oder gemeinsame praxistaugliche Instrumente zur Einschätzung von Risiken und Gefährdung des Kindeswohls zu erarbeiten und zu diskutieren.

Im Ergebnis dessen wurde ein Strategiepapier erarbeitet, in dem - ausgehend von den Arbeitsergebnissen der Regionalkonferenzen – die wichtigsten Eckpunkte eines aufzubauenden „Netzwerk Kinderschutz im Landkreis Teltow-Fläming“ festgehalten wurden.

Es gilt hierbei zu bedenken, dass die Kontinuität der Arbeit in dem Netzwerk von einem gezielten Ressourceneinsatz abhängig ist. Insofern müssen ausreichende Ressourcen (Zeit, Geld, Personal) insbesondere für die Geschäftsführung des Netzwerkes bereitgestellt werden.

Stehen hierfür keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung, bleibt es dem überdurchschnittlichen Engagement einzelner Personen überlassen, wie gut und die tragfähig ein Netzwerk Kinderschutz im Landkreis Teltow-Fläming geknüpft werden kann.

Von daher bedarf es neben der generellen Zielsetzung durch die politisch und verwaltungstechnisch Verantwortlichen auch einer Entscheidung über die Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen.

Nach ersten Einschätzungen werden in der Anfangsphase mindestens 1 bis 1,5 Vollzeitstelle für die Umsetzung und Begleitung sowie der redaktionellen Aufbereitung der angestrebten Ziele und zudem ca. 8.000,00 € für Weiterbildungsmaßnahmen benötigt.